



## Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Stadtrat der Stadt Schweinfurt in der Wahlperiode 2020 - 2026

### I. Präambel

Die Stadtratsfraktionen der Christlich Sozialen Union (CSU) und von Bündnis 90/Die Grünen (Grüne) vereinbaren für die am 1. Mai 2020 beginnende Stadtratsperiode eine Zusammenarbeit mit dem Ziel, die Stadt Schweinfurt auf wesentlichen Handlungsfeldern positiv zu entwickeln und das Lebensumfeld der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.

Um Schweinfurt auf der Grundlage des bisher erreichten Wohlstands seiner Bürgerinnen und Bürger sowie im Geist einer funktionierenden Bürgergesellschaft fortzuentwickeln, haben CSU und Grüne die nachfolgenden Vereinbarungen über eine Kooperation in der Wahlperiode 2020 bis 2026 formuliert und verabschiedet.

Dieser Kooperationsvertrag ist getragen von der Erkenntnis, dass sich Verantwortung für ein Gemeinwesen durch Vertrauen und Toleranz sowie durch Mut und Zielstrebigkeit, aber auch durch Weltoffenheit und Veränderungsbereitschaft auszeichnet. Er ist gleichzeitig gebunden an die Verpflichtung auf einen nachhaltigen und soliden städtischen Finanzhaushalt.

Bei all ihrem Handeln in den kommunalen Gremien, welche die gemeinsamen Ziele zum Inhalt haben, verpflichten sich die beiden Parteien an die Abfolge der hier unmittelbar nachfolgenden Regeln zu halten.

Stets ein Einvernehmen muss erzielt werden in Angelegenheiten

- der Haushaltssatzungen, hier insbesondere bei den Themen Verschuldung, Steuern, Gebühren und Tarife,
- der Personalentwicklung,
- von Grundsatzfragen der Stadtentwicklung, zu denen die nachfolgenden 6 Punkte zählen.

Bei den übrigen Themen soll eine Einigung herbeigeführt werden

- durch Gespräche auf der Ebene der Ausschusssprecher der jeweiligen Partei, oder
- durch Gespräche auf der Ebene der Fraktionsvorsitzenden oder
- durch Verhandlungen auf der Ebene der beiden Fraktionsvorstände inkl. Oberbürgermeister und Bürgermeister.

Wird nach Abarbeitung der drei Intensitätsstufen bei den Themen, bei denen eine Einigung herbeigeführt werden sollte, keine Einigung auf eine gemeinsame Handlungsweise erzielt, erfolgt auf Wunsch eines der Partner eine Vertagung. Danach sind die beiden Fraktionen frei in ihrem Abstimmungsverhalten.

Die Größe der Ausschüsse wird auf 14 Mitglieder festgelegt. Die Berechnung der Sitzverteilung in den Ausschüssen und Gremien erfolgt nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren.

Der Fortgang der Erfüllung der gesetzten Eckpunkte soll nach der Hälfte der Zeit der Wahlperiode 2020 bis 2026 überprüft und evaluiert werden.

Die Kooperationsvereinbarung soll auf nachfolgenden gemeinsamen Handlungsfeldern mit jeweils gleichem Stellenwert ihre Wirksamkeit entfalten:

1. Kommunale Energiewende
2. Lebenswerte Stadtentwicklung
3. Mobilität der Zukunft
4. Bildungsangebote und bedarfsgerechte Kinderbetreuungsangebote
5. Wohnen für alle
6. Landesgartenschau 2026

## II. Gemeinsame Handlungsfelder

Bei den von den Stadtratsfraktionen der Christlich Sozialen Union (CSU) und von Bündnis 90/Die Grünen (Grüne) vereinbarten nachfolgenden Handlungsfeldern wird ein jeweils ausgeglichener Haushalt und eine Begrenzung der Neuverschuldung festgeschrieben. Finanzierbar werden viele gute und sinnvolle Projekte vor allem dann sein, wenn wir auch darauf achten, die Wirtschaftskraft Schweinfurts zu erhalten und zu stärken. Dies ist unser gemeinsames Ziel. Die Pflichtaufgaben gehen den freiwilligen Aufgaben vor. Bei allen Projekten müssen die Folgekosten vorher benannt werden und in den folgenden Haushaltsjahren darstellbar sein.

### 1. Kommunale Energiewende

CSU und Grüne sehen im konsequenten Ausbau der regenerativen Energieerzeugung einen wesentlichen Baustein, die gewünschte dezentrale Energiewende voranzubringen und Wertschöpfung in der Stadt Schweinfurt zu schaffen. **Die Stadtwerke Schweinfurt sind als kommunales Energieunternehmen Treiber dieser dezentralen Energiewende.** Der bisherige Anteil der Stromerzeugung aus Photovoltaik (PV) soll deutlich erhöht werden durch

- konsequenten Ausbau der Dachflächen-PV auf öffentlichen Gebäuden,
- Errichtung von Freiflächen-PV,
- Stadtwerke-Contractingmodelle für Dachflächen-PV auf privaten Bestandsgebäuden,
- Dachflächen-PV-Pflicht bei Aufstellung neuer Bebauungspläne.

CSU und Grüne werden darüber hinaus auch prüfen, inwieweit sich die Stadtwerke an zusätzlichen **Windkraftanlagen** beteiligen oder deren Bau auf gepachteten Flächen in der Region betreiben können.

Neben der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien fassen die Fraktionen auch den „schlafenden Riesen“ Gebäudebeheizung ins Auge. Hier ist das CO<sub>2</sub>-Einsparpotenzial am Größten. Deshalb soll ein zentraler **Warmwasserspeicher als Energiespeicher** nach dem Vorbild der Stadt Nürnberg auf dem Gebiet der Stadt Schweinfurt errichtet und das vorhandene Fernwärmenetz konsequent erweitert werden.

Schweinfurt ist Mobilitätsstadt. Neben Elektromobilität wird in Zukunft auch der Antrieb von Fahrzeugen mittels Wasserstoff-Brennstoffzelle eine wesentliche Rolle spielen. CSU und Grüne vereinbaren deshalb den Einstieg in eine **Schweinfurter Wasserstoffwirtschaft**. Sie werden die Voraussetzungen zur Erzeugung von Wasserstoff aus regionalen erneuerbaren Energien schaffen und die Erprobung heimischer, wasserstoffbetriebener Industrieprodukte vorantreiben.

Die Maßnahmen im Bereich der Energiewirtschaft dienen dazu, Schweinfurts Anteil an der weltweiten Energiewende mit dem Ziel, die Pariser Klimaziele einzulösen, zu leisten. Unser Klimaschutzmanagement in der Verwaltung der Stadt Schweinfurt wird damit beauftragt, den Fortschritt der kommunalen Energiewende zu überwachen und gemeinsam mit allen Akteuren voranzutreiben. Es wird hierzu personell adäquat ausgestattet.

Zielvereinbarung: Die Stadtwerke Schweinfurt sollen dazu befähigt werden, rechnerisch bis Ende der Wahlperiode im Jahr 2026 den Bedarf des privaten Haushaltsstroms zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen zu decken. Als Fernziel wird die 100prozentige Versorgung aller Stromverbraucher in Schweinfurt aus erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2035 vereinbart.

## 2. Lebenswerte Stadtentwicklung

CSU und Grüne bekennen sich zur Projekt- und Investitionsplanung aus dem städtischen Konzept „Lebenswerte Stadtentwicklung 2020 – 2028“. Gerade in den während und nach der Coronakrise zu erwartenden, wirtschaftlich schweren Zeiten, muss die Stadtentwicklung weiter vorangetrieben werden. Es besteht insbesondere Einigkeit über die Realisierung nachfolgender Projekte während der laufenden Wahlperiode.

Die **Konversion der Bellevue** (ehem. Askren Manor) wird mit allen vorgesehenen Projekten planmäßig vorangetrieben und soll bis Ende 2023 zum Abschluss gebracht werden.

CSU und Grüne betrachten das geplante **Kulturforum Martin-Luther-Platz** als ein weiteres Herzstück künftiger Schweinfurter Stadtkultur. Am Realisierungszeitplan bis Ende 2023/Mitte 2024 wird ebenso wie am jetzt vereinbarten und teilweise auch bereits beschlossenen Umsetzungskonzept festgehalten.

Der Ausbau des **Wissenschaftsstandorts Schweinfurt** ist wichtiger Bestandteil für die Entwicklung der Stadt. Mit i-Factory, neuem FH-Campus, studentischem Wohnen und Carus-Allee sind wichtige Bausteine bereits angelaufen und teilweise weit fortgeschritten. Die Carus-Allee wird planmäßig bis Ende 2021 abgeschlossen werden. Darüber hinaus soll die Stadt weiterhin alle Möglichkeiten nutzen, dass der Bildungsstandort weiter ausgebaut wird und für Studentinnen und Studenten und Auszubildende aus dem In- und Ausland noch attraktiver wird. Das Ziel der Ansiedelung forschungsnaher Einrichtungen wird mit Nachdruck verfolgt.

Der **Parkhausneubau an der Mainberger Straße** wird wie geplant vorgenommen und die Parkraumsituation rund um das Leopoldina-Krankenhaus somit zügig entlastet. Ein Pendelverkehr zwischen Parkhaus und den Gesundheitseinrichtungen am Leopoldina-Berg wird geprüft. Die Planungen für Abriss und Neubau des Parkhauses Leopoldina-Krankenhaus werden zügig vorangetrieben.

CSU und Grüne legen besonderen Wert auf die Entwicklung und **Attraktivitätssteigerung der Schweinfurter Innenstadt**. Vorhandene Planungen und Vorhaben sollen zu Beginn der Wahlperiode auf ihre Sinnhaftigkeit geprüft und in ein neu zu entwickelndes, integriertes Konzept zur Stärkung des Handels- und Wohnstandorts Innenstadt überführt werden. Die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt soll durch zusätzliche Angebote im öffentlichen Raum (Trink- und Spielbrunnen, Urban Gardening etc.) gestärkt werden. Die Stadt soll Vermieter innerstädtischer Handelsflächen stärker dazu anhalten, lange Leerstände zu vermeiden. Ein urbanes, studentisches Nachtleben in der innerstädtischen Kneipenszene ist erwünscht. Die rechtlichen Voraussetzungen für mehr Wohnen in der Innenstadt werden überprüft mit dem Ziel, einen attraktiven Dreiklang aus „wohnen, leben und arbeiten“ zu erreichen.

CSU und Grüne bekennen sich zu den **internationalen Partnerschaften** mit Châteaudun, North Lanarkshire und Seinäjoki. Direkte Kontakte zwischen Städten und Gemeinden, Bürgerinnen und Bürgern, innerhalb und außerhalb Europas sind in einer globalisierten Welt der Schlüssel zu gegenseitigem Verständnis und Vertrauen. Sie sichern letztlich den Frieden zwischen den Völkern. Vorhandene Städtepartnerschaften sollen gestärkt und – wo nötig – wiederbelebt werden. CSU und Grüne zeigen sich offen für zusätzliche Städtepartnerschaften, wenn diese in Schweinfurt und einer möglichen Partnerstadt ein gesellschaftliches Fundament haben. Es wird auf politischer Ebene ein „Beauftragter für die Städtepartnerschaften“ installiert, der mit einem zu ernennenden Pendant in der Stadtverwaltung die Städtepartnerschaften fördert und den Austausch vorantreibt.

Die Stadt Schweinfurt ist eine **Kulturstadt mit einer überregionalen Wirkung**. Auch in finanziell schwierigen Zeiten steht die Stadt Schweinfurt zu ihren kulturellen Einrichtungen. Die freie Kultur ist dabei ein wichtiger Pfeiler und muss verlässlich gefördert werden. Dies geschieht durch die Kulturstiftung der Stadt Schweinfurt sowie durch bedarfsgerechte Budgets im städtischen Haushalt.

### 3. **Mobilität der Zukunft**

Schweinfurt ist eine Wiege der Mobilität. Hier wurden wesentliche Erfindungen und Entwicklungen für den Zweirad- und Automobilmarkt auf den Weg gebracht. Bis heute ist die frühere „Kugellagerstadt“ wichtiger Standort weltweit agierender Mobilitäts-Zulieferbetriebe.

CSU und Grüne fassen in den kommenden Jahren alle Aspekte **moderner, klimaschonender und sozial gerechter Mobilität** ins Auge. Ziel ist es, einen nachhaltigen und flexiblen Mix aus bestehenden und neuen Mobilitätsangeboten in der Stadt zu etablieren, den öffentlichen Personenverkehr und dessen Akzeptanz zu stärken und allen Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern ausreichend sicheren Anteil am Verkehrsraum zur Verfügung zu stellen.

Hierfür soll das **Schweinfurter ÖPNV-Angebot** bedarfsgerecht und unter Einbeziehung der neuen Stadtentwicklungsgebiete ausgebaut werden. CSU und Grüne werden eine Machbarkeitsstudie für eine Ringlinie um die Schweinfurter Kernstadt in Auftrag geben. Hierdurch soll der bisher zentral auf den Roßmarkt zugeschnittene Busverkehr entlastet und ergänzt werden. Insbesondere wird geprüft, wie der Hauptbahnhof stärker als bisher als neue Mobilitätsdrehscheibe etabliert werden kann, um dort die Vernetzung mit der Bahn, dem Landkreis-Busnetz und neuen Mobilitätsangeboten in Form von Sharing-Systemen zu verbessern.

Die Stadtwerke sollen als wichtigster Mobilitätsanbieter in der Stadt die Koordination zusätzlicher Mobilitätsangebote übernehmen und diese Angebote in einer zu entwickelnden „**Schweinfurt-mobil-App**“ bündeln. Hierüber können Bus- und Bahnverbindungen und Umsteigebezüge online abgerufen und Tickets gebucht und verwaltet werden. Zudem sollen Schnittstellen zum Abruf und zur Buchung von eigenen und fremden Sharing-Angeboten (eCar, eBike, Mitfahrangebote etc.) enthalten sein, um den Bürgerinnen und Bürgern eine flexible und einfache Nutzung des gesamten Mobilitätsangebots zu ermöglichen. Die Stadtwerke werden aufgefordert, eigene Sharing-Angebote insbesondere im Bereich eCar und eBike bereitzustellen. Bei der Neubeschaffung von Transportmitteln der Stadtwerke sollen E-Antriebe oder Wasserstoffantriebe Vorrang haben, sobald sie dem Bedürfnis an Wirtschaftlichkeit genügen, ausgereift und praxistauglich sind.

Das Fahrrad wird von beiden Vertragspartnern als wichtiger Bestandteil zur Verbesserung der Verkehrs- und Klimasituation in den Städten anerkannt. CSU und Grüne nehmen den Auftrag, der durch die Auszeichnung der Stadt als „**fahrradfreundliche Kommune**“ erwachsen ist, ernst. Bis zum Ende der Wahlperiode wird die konsequente und weitgehende Umsetzung des vorhandenen Radwegkonzepts angestrebt. Insbesondere werden vorhandene Radweg-Lücken schnell geschlossen und die Sicherheit der Fahrradfahrer durch eine deutliche Signalfarbgebung und – an Unfallschwerpunkten – bauliche Schutzmaßnahmen erhöht. Ein öffentlich zugängliches Lastenrad-Leihangebot und ein Lastenrad-Anschaffungszuschuss werden geprüft.

#### 4. **Bildungsangebote sowie Bedarfsgerechte Kinderbetreuung**

CSU und Grüne fördern junge Familien und Alleinerziehende mit Kindern. Sie sichern Schweinfurts Zukunft. Sie sind gleichzeitig Eltern und Leistungsträger unserer Wirtschaft und Gesellschaft. Deshalb ist der **bedarfsgerechte Ausbau des Betreuungsangebots** auch in den Randzeiten und für Schichtarbeitende sowie die Sicherung des gesetzlichen Betreuungsanspruchs erklärtes Ziel der Kooperationspartner.

Für die Betreuung von Kindern im Krippen- und Vorschulalter werden die Kapazitäten zusammen mit den Trägern frühkindlicher Bildung erhöht, um Eltern den zügigen Wiedereinstieg ins Berufsleben zu ermöglichen. Das Betreuungsangebot wird an den tatsächlichen Bedarf angepasst und insbesondere bei städtischen Einrichtungen mit Schichtdiensten (Leopoldina-Krankenhaus) für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sichergestellt. Kooperationen mit in der Stadt angesiedelten Betrieben, die ein eigenes Kinderbetreuungsangebot vorhalten, werden gefördert oder – wo möglich – institutionalisiert, um Betreuungsangebote auch für Externe zu schaffen.

CSU und Grüne werden gleichermaßen den **Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung** an Grundschulen bis zur vierten Klasse ab dem Jahr 2025 erfüllen und eine ausreichende Ferienbetreuung für Schülerinnen und Schüler vorhalten. Sie schaffen in der laufenden Wahlperiode die entsprechenden Voraussetzungen. Zur Erhöhung der Akzeptanz sind Betreuungsmodelle des offenen und des gebundenen Ganztags gleichberechtigt vorzusehen und zu fördern. Die Stadt Schweinfurt kooperiert zu diesem Zweck mit externen Partnern und prüft auch die Einbindung der heimischen Sportvereine, um diesen die Teilhabe an zukunftssichernden Kooperationsmodellen zu ermöglichen.

CSU und Grüne setzen sich für die Weiterentwicklung des schulischen Angebots der Stadt Schweinfurt ein. Dies gilt sowohl für dessen bauliche Erweiterung als auch für die **Fortschreibung der Schulentwicklung**, insbesondere auf dem Gebiet des Ganztags, der Inklusion und der Digitalisierung. Gezielt sollen hierbei in der Wahlperiode der Neubau der Grundschule Bellevue sowie der Bau eines zusätzlichen Schulgebäudes für die FOS/BOS und dem damit verbundenen Abriss des alten OFRA-Gebäudes vollzogen werden.

Bei allen Bildungsmaßnahmen sollen die Leitsätze, die zum Erhalt des Qualitätssiegels „**Bildungsregion Bayern**“ beigetragen haben, Berücksichtigung finden.

## 5. Wohnen für alle

CSU und Grüne sind sich einig, dass die Stadt Schweinfurt und die städtische Wohnungsbaugesellschaft SWG neben den anderen Schweinfurter Wohnungsbaugesellschaften eine besondere Verpflichtung für die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum haben. Es ist das erklärte Ziel der Zusammenarbeit, im Kern dem Anliegen des laufenden Bürgerbegehrens „**Bezahlbares Wohnen**“ gerecht zu werden und dieses dadurch überflüssig zu machen.

Hierzu soll sozialer Wohnraum für Menschen mit Berechtigungsschein sowohl durch Neubau als auch durch Sanierung neu geschaffen und bestehende Wohnungen sollen freiwillig in der Sozialbindung belassen werden. Die Kooperationspartner führen Gespräche mit der SWG und vereinbaren für beide Varianten eine **Sozialbindungsfrist von einheitlich 40 Jahren**. Sämtlicher neu geschaffener und zusätzlich erhaltener Sozialwohnraum soll kumuliert bis zum Ende der Stadtratsperiode einen gebundenen Sozialwohnungsbestand von 500 Wohneinheiten umfassen. Über weitergehende Planungen über die Stadtratsperiode hinaus sollen bedarfsorientiert zusätzliche Sozialwohnungen geschaffen werden.

CSU und Grüne appellieren ausdrücklich auch an nicht-städtische Wohnungsgesellschaften und private Besitzer von Sozialwohnungsbestand, dem Vorbild der Stadt Schweinfurt zu folgen und auslaufende Sozialbindungen freiwillig zu verlängern.

CSU und Grüne vereinbaren insbesondere für das SWG-Gelände „**Am Herroth**“ die umgehende Neuplanung sowie nach Abschluss der Konversionsmaßnahmen an der Bellevue den Abriss und Neubau der dortigen sozialen Wohneinheiten. Ziel ist es, bis zum Ende der Wahlperiode dort den Neubau eines modernen und wertigen Sozialwohnungsbestand begonnen zu haben, die Zahl der beziehbaren Wohneinheiten zu erhöhen und ein bewohnerfreundliches Wohngebiet mit Anbindung an den Stadtteil Bergl zu entwickeln. Der „Herroth“ soll so zum Schlüssel für einen neuen Standard im Schweinfurter Sozialwohnungsbau werden und als Blaupause für künftige Projekte im sozialen Wohnungsbau dienen. Sollte sich eine bayernweite Chance zur Beteiligung an einer landesweit geplanten „Internationalen Bauausstellung“ (IBA) nach dem Vorbild Thüringens ergeben, wird sich die Stadt Schweinfurt mit diesem Projekt um eine Teilnahme und zusätzliche Fördermittel bemühen.

CSU und Grüne haben über den sozialen Wohnungsbau hinaus auch die Schaffung **bezahlbaren Wohnraums für junge Familien und Seniorinnen und Senioren** im Blick. Sie streben über die Bauleitplanung neben bezahlbarem Geschosswohnungsbau auch die Ausweisung kleiner Baugrundstücke für intelligent geplante, preiswerte Eigenheime für junge Familien an. Dieses Projekt soll den Erwerb von Eigenheimen mit Gartengrundstück (z.B. im Reihenhausmodell) zu einem familienfreundlichen Preis ermöglichen.

Auf vorhandenen Baulücken oder anderen geeigneten Grundstücken (Restflächen) ermöglicht die Stadt Schweinfurt künftig auch moderne Wohnformen wie kleine „**Tiny-House-Siedlungen**“, die z.B. von Alleinstehenden mit geringerem Wohnraumbedarf und dem Wunsch nach einer kleinen selbst bewirtschafteten Gartenfläche bezogen werden können.

Neue Baugebiete werden erst dann erschlossen, wenn nach flächensparender Erschließung aller Konversionsgebiete, aktiver Beseitigung von Leerständen in der Innenstadt und Immobilienangeboten in Wohngebieten noch Bedarf an Wohnflächen besteht. Die Mönchskutte wird in dieser Wahlperiode nicht als Baugebiet erschlossen.

## 6. **Landesgartenschau 2026**

CSU und Grüne halten an dem Projekt einer Landesgartenschau in Schweinfurt fest. Diese soll genutzt werden, um die Konversionsflächen abschließend gewinn- und nutzbringend in das Schweinfurter Stadtbild einzugliedern. Darüber hinaus muss die Landesgartenschau 2026 das gesamte Stadtgebiet in den Blick nehmen und mithilfe von Maßnahmen zur Begrünung, Entsiegelung, Belüftung und Bewässerung den Umbau Schweinfurts zur klimafesten Stadt voranbringen.

Bei den weiteren Planungen sollen ausdrücklich Ideen und Anregungen aus dem **Konzept des Bund Naturschutz für eine urbane Landesgartenschau** berücksichtigt und umgesetzt werden, um Klimaschutz und Klimafolgenanpassung gleichermaßen zu berücksichtigen. Zudem wird, über die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, größtmögliche Akzeptanz sichergestellt. Mit der privaten Landesgartenschau GmbH, getragen vom Bayerischen Gärtnereiverband, dem Baumschul-Landesverband und dem Verband Garten- Landschafts- und Sportplatzbau, soll ein innovatives Konzept entwickelt werden, das als „Schweinfurter Modell“ die Akzeptanz und Sinnhaftigkeit von Landesgartenschauen dauerhaft erhöht. Gleichzeitig nutzen CSU und Grüne ihre Verbindungen in die Landespolitik, um zusätzliche Fördermittel für Maßnahmen zur städtischen Klimafolgenanpassung im Rahmen von Landesgartenschauen anzuregen und zu generieren.

Die Bürgerinnen und Bürger Schweinfurts sollen mit der Landesgartenschau 2026 eine Stadt vorfinden, die durch ihre Architektur und die Gestaltung des öffentlichen Raums die Funktion einer Klimaanlage an heißen Sommertagen erfüllt, mit ihrem Bestand an Bäumen und Pflanzen auch Dürreperioden trotz und mit einem erweiterten Parkbestand und grünen Bändern noch mehr Lebens- und Aufenthaltsqualität im ganzen Stadtgebiet bietet.